

Sanierung der IHK-Zentrale dauert wesentlich länger

Interessenverband häuft Rücklagen von mehr als 100 Millionen Euro an, dementiert jedoch Spekulationen über eine Kostensteigerung

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) München und Oberbayern ist bei der Sanierung ihrer Zentrale an der Max-Joseph-Straße in Verzug geraten. Statt wie geplant 2015 dürfte der Stammsitz frühestens 2017 bezugsfertig sein. Spekulationen, wonach sich die Kosten von den bislang vorgesehenen 73 Millionen Euro steigern könnten, wies die IHK zurück.

Seit Anfang 2012 sind die 512 Mitarbeiter in einem angemieteten Bürogebäude an der Balanstraße untergebracht. Probleme mit der Statik hatten die IHK bewogen, ihre historische Zentrale grundlegend zu sanieren. Im Oktober 2013 trennte sich die Industrie- und Handelskammer von dem ursprünglichen Generalplaner. Laut IHK-Sprecher Thomas Neumann wurden unmittelbar nach Vertragsauflösung vertrauliche Gespräche mit dem Münchner Büro über eine außergerichtliche Einigung aufgenommen. In dem Streit geht es um Honorare.

Neuer Generalplaner ist nun das Berliner „Büro Anderhalten Architekten“, eine Firma mit internationalen Referenzen, gerade im denkmalgeschützten Bereich, wie die IHK sagt. Die Sanierung des aus zwei Gebäuden bestehen-



den Komplexes – die Häuser stammen aus den Jahren 1901 und 1912 – verzögert sich nun allerdings. Ein neuer Termin- und Kostenplan werde bis Anfang Dezember 2014 vorgelegt, heißt es. Thomas Neumann betont, dass „die Sanierung vollständig aus Eigenmitteln in Form von Gewinnvorträgen und Rücklagen finanziert wird“. Damit habe sich die IHK auf eine wirtschaftliche und nachhaltige Lösung festgelegt. In den Jahren 2006 bis 2012 wurden of-

fenbar Rücklagen in Höhe von 105 Millionen Euro gebildet, was laut Neumann aber kein Indiz dafür ist, dass sich das Großprojekt entsprechend verteuern könnte.

Kai Boeddinghaus ist Geschäftsführer des Bundesverbandes für freie Kammern (bffk). Er hält das Vorgehen der IHK München für sehr bedenklich. Dass im Zeitraum von 2006 bis 2012 derart hohe Rücklagen angehäuft wurden, die hauptsächlich aus Mitgliedsbeiträgen resul-

tierten, sei aberwitzig. Sein Verdacht: Die IHK habe nun „eine Riesensumme im Sack, um sich einen Palast zu bauen“. Boeddinghaus kritisiert, lange sei so getan worden, als lasse sich die Sanierung der IHK-Zentrale und weiterer Immobilien aus dem laufenden Betrieb finanzieren. Nach seinen Informationen waren von 2006 bis 2012 die Prognosen für den jeweiligen Jahres-Überschuss weitaus geringer als in der Endbilanz des Haushalts. Ein Beispiel:



Seltsames Finanzgebaren? „Kammer-Rebell“ Kai Boeddinghaus kritisiert das Vorgehen der IHK bei der Sanierung ihrer historischen Zentrale an der Max-Joseph-Straße/Maximiliansplatz. FOTOS: HAAG/DPA

Im November 2008 sei der IHK-Vollversammlung ein Überschuss von fünf Millionen Euro für das laufende Jahr prognostiziert worden. Letztlich seien es 26 Millionen Euro gewesen. Boeddinghaus: „Entweder die Herren können nicht rechnen oder dahinter steckt bewusste Desinformation.“ Laut Boeddinghaus klagt mittlerweile ein Mitglied der IHK München und Oberbayern gegen die Höhe seines Pflichtbeitrags. Thomas Neumann findet hin-

gegen an der Vorgehensweise des Interessenverbandes nichts Verwerfliches. Im Gegenteil: „Die IHK hat sich gegen eine unverantwortliche Verschuldung zu Lasten ihrer Mitglieder entschieden.“ Am klaren Bekenntnis der Vollversammlung zur Generalsanierung habe sich bis heute nichts geändert.

Der bffk gilt als Kritiker des Kammersystems und setzt sich dafür ein, dass die Mitgliedschaft für gewerbesteuerpflichtige Unternehmen oder Personen künftig freiwillig ist. In Deutschland gibt es 80 Industrie- und Handelskammern, die für unterschiedlich große Regionen zuständig sind. Die für München und Oberbayern hat 387 000 Mitglieder. Die Kammern seien ein „gutes wirtschaftliches Instrument“, aber eine Reform dringend notwendig, meint Boeddinghaus. Er hat gegen die kraft Kammergesetz von 1956 immer noch gültige Pflichtmitgliedschaft Verfassungsbeschwerde eingelegt. Derzeit läuft in Karlsruhe dazu eine Anhörung. Dem Bundesverband für freie Kammern gehören etwa 1300 Mitglieder an. Kai Boeddinghaus zufolge handelt es sich um Unternehmen „von der Würstchenbude bis zum Großkonzern Strabag“.

KLAUS VICK